

Straßenreinigung

München streitet um die Erinnerung an Bischof Meiser

Patrick Bahners, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.07.2007 Seite 33

Am 11. Oktober 1934 drangen Beamte der politischen Polizei ins Gebäude des evangelischen Landeskirchenrats in München ein. Sie eskortierten August Jäger, den Reichsbischof Ludwig Müller als „Rechtswahrer“ entsandt hatte, um die bayerische Kirchenleitung zu entlassen. Jäger entthob die Oberkirchenräte ihrer Ämter, nicht ohne ihnen vorher erklärt zu haben: „Ich bin hier Ihr Vorgesetzter!“ Landesbischof Hans Meiser war zum Zeitpunkt des Zugriffs nicht in München. In Rothenburg ob der Tauber hatte er eine der Predigten gehalten, in denen er landauf, landab das Kirchenvolk über den eskalierenden Konflikt zwischen der von Hitler errichteten Reichskirche und der lutherischen Landeskirche instruierte. Meiser kehrte im Laufe des Tages nach München zurück und predigte am Abend in der evangelischen Hauptkirche der Stadt, der Matthäuskirche, über das Wort aus dem Hebräerbrief „Wir sind nicht von denen, die da weichen und verdammt werden“. Gottesdienstbesucher begleiteten den Bischof zu seiner Dienstwohnung, wo er unter Hausarrest gesetzt wurde.

So begann eine Serie von Treuekundgebungen, die nicht abbrach, bis Hitler nachgab und die Absetzung der Kirchenleitung rückgängig machte. Zwei Wochen lang kam es zu Demonstrationen vor dem Amtssitz des Bischofs, der die Gläubigen vom Balkon aus grüßte. Die Bauern aus Meisers fränkischer Heimat reisten in Sonderzügen an. Gesteigert wurde die Symbolkraft des Massenprotests noch dadurch, dass um die Ecke des landeskirchlichen Verwaltungsgebäudes das sogenannte Braune Haus lag, die Parteizentrale der Nationalsozialisten. Hitler vergaß die Niederlage nicht und ließ 1938 die Matthäuskirche abreißen.

Der Landesbischof schied 1955 aus dem Amt und starb am 8. Juni 1956. Ein Jahr später beschloss der Rat der Stadt München, die Straße, an der das Landeskirchenamt liegt, nach Bischof Meiser zu benennen. Am heutigen Mittwoch will der Stadtrat darüber abstimmen, ob die Meiserstraße ihren Namen verlieren soll. Oberbürgermeister Christian Ude, selbst Protestant, und die Fraktionen von SPD und Grünen, die Mehrheit im Rat, haben sich für die Umwidmung ausgesprochen.

Diese Welle des geschichtspolitischen Reinigungswillens ist von Nürnberg nach München geschwappt und türmte sich ausgerechnet im „Meiser-Jahr“ 2006 auf, als die Lutheraner ihres ersten Landesbischofs aus Anlass des fünfzigsten Todestages gedenken wollten. Nürnberg, wo Meiser vor seiner Wahl zum Bischof als Direktor des Predigerseminars über die bayerische Pfarrerausbildung wachte, ist das Zentrum der Meiser-Erinnerung. Hier war er im September 1934, als er verkündete, dass die Landeskirche sich um des lutherischen Bekenntnisses willen dem Aufgehen in der Reichskirche widersetzen müsse, mit dem Ruf „Heil Meiser“ gefeiert worden. Der Kirchenvolkswitz sprach aus, dass die Lage eine Entscheidung verlangte.

Am 8. Juni 2006 wollte Landesbischof Johannes Friedrich in der Johanniskirche, auf deren Friedhof sein Vorgänger begraben liegt, einen Gedenkgottesdienst halten. Nachdem Arno Hamburger, sozialdemokratischer Stadtrat und Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde, Protest angemeldet hatte, wurde die geplante Feier zunächst zu einem „Bedenkgottesdienst“ umgewidmet, in dessen Rahmen ein Schuldbekenntnis der Landeskirche abgelegt werden sollte, und schließlich ganz abgesagt. Der Rat der „Stadt der Menschenrechte“ gab bei dem Politologen und früheren Rektor der Universität Erlangen-Nürnberg Gotthard Jasper ein Gutachten zur Frage in Auftrag, ob die Bischof-Meiser-Straße in der Nähe des Hauptmarkts umbenannt werden sollte. Obwohl Jasper sich gegen die Umbenennung aussprach, wurde sie vom Stadtrat beschlossen.

Zwei Theologieprofessoren, der Kirchenhistoriker Berndt Hamm und der Neutestamentler

Wolfgang Stegemann, waren mit scharfer Kritik an Jaspers Gutachten hervorgetreten. Stegemann gewann der Verhinderung des Totengedenkens am Todestag einen spirituellen Sinn ab. Eine gut besuchte Gegenveranstaltung habe bewiesen: „In Nürnberg fehlte die geistliche Bereitschaft für diesen Gottesdienst.“ Das Meiserhaus der von Meiser gegründeten Theologischen Hochschule in Neuendettelsau hat seinen Namen ebenfalls verloren. Die Kampagne gegen das Meiser-Andenken hat ihren Hintergrund in Tendenzen einer grundsätzlichen Neubewertung des Verhaltens der Kirchen im Hitlerstaat. Das Ziel, das ein bekennnistreuer Landesbischof wie Meiser verfolgte, seine Kirche möglichst unversehrt oder intakt, wie man früher sagte, durch die Zeit der Tyrannei zu schleusen, genügt einer politischen Moral nicht mehr ohne weiteres, deren Sensibilität mit dem Abstand zu den Ereignissen gewachsen ist. Allgemein gilt für das heutige Verhältnis zur Hitlerzeit, dass das Schicksal der Juden alle anderen Bezugspunkte der Beurteilung verdrängt. Da aber zur Rettung der Juden unseligerweise so gut wie nichts geschehen ist, drohen bei der Einschätzung der Handlungsspielräume von Personen in verantwortlichen Funktionen alle realistischen Maßstäbe abhanden zu kommen.

Bischof Meiser wäre nicht davon bedroht, im öffentlichen Gedächtnis seiner Kirche und seines Landes zu einer Unperson zu werden, wenn es nicht Anlass zu der Frage gäbe, ob er ein Antisemit mehr oder minder nach Art der Nationalsozialisten gewesen ist. Der Anlass ist ein Aufsatz über „Die evangelische Gemeinde und die Judenfrage“, den Meiser 1926 als Direktor des Predigerseminars veröffentlichte. Hier stehen die krudesten Gemeinplätze über die Gefährdung des deutschen Volkes durch jüdisches Kapital und jüdischen Geist neben dem Satz, dass für den Christen die einzige denkbare Lösung des so beschriebenen Problems die Judenmission sei. Einerseits schreibt der Autor der Reinerhaltung des Blutes einen theologischen Sinn zu, andererseits verurteilt er die antisemitische Hetzpresse. Man muss es klar aussprechen: So wie Meiser in diesem Text die sittliche Krise des deutschen Volkes beschreibt, war er denkbar schlecht gerüstet, als diese Krise 1933 eintrat. Aber überführt ihn der Artikel als „eliminatorischen“ Antisemiten im Sinne des von Stegemann als Autorität bemühten Daniel Goldhagen?

Entgegen der Darstellung der Kritiker des Meiser-Gedenkens ist der Aufsatz von 1926 längst bekannt. Vor allem aber sind seine historisch erheblichen Wirkungen schon in das Urteil eingegangen, dem die Zeitgenossen des Bischofs durch die Widmung von Straßen und Häusern Ausdruck gegeben haben. Karl Holz, in der fränkischen Gauleitung der Stellvertreter von Julius Streicher, beschimpfte Meiser 1935 im „Stürmer“ als „Judenfreund“, weil er 1926 geschrieben hatte, die Christen müssten den Juden mit Freundlichkeit, Geduld und Liebe begegnen. Der Bischof sei wohl einer, so Holz mit einem Lutherwort, der den Juden „in den Hintern kriecht und dasselbige Heiligtum anbetet“. Sollten solche Entlastungszeugen dem Gericht der Nachwelt nicht genügen?

Die Landeskirche, die den Nürnberger Gottesdienst abgesagt hatte, hat sich im Streit um die Münchner Straße lange zurückgehalten. Der Widerspruch in den Gemeinden wurde freilich so laut, dass sich der Landeskirchenrat schließlich doch gegen die Umbenennung aussprach. In den letzten Tagen hat Landesbischof Friedrich den Ton verschärft: Er droht der Stadt mit Klage, da die Kriterien nicht erfüllt seien, die sie 1999 für die Aberkennung von Straßenpatronsehnen festgelegt habe. Spät hat die Landeskirche erkannt, dass mit der Person Meisers auch ihre eigene Integrität ins Zwielflicht gerückt wird. Man fürchtet, als Diasporakirche in der öffentlichen Moralökonomie benachteiligt zu werden: Nicht von der Hand zu weisen ist der Hinweis, dass vor fünf Jahren der Antrag der Grünen, die Kardinal-Faulhaber-Straße umzubenennen, vom Stadtrat abgelehnt wurde.

Nürnberg und München überbieten sich seit einigen Jahren in dem Bemühen, aus ihrer braunen Vergangenheit sichtbar korrekte Lehren zu ziehen. Jetzt schickt man sich in München an, den Geschichtsort unkenntlich zu machen, der an eine erfolgreiche Anti-Hitler-Demonstration erinnert

